SSOAR

Open Access Repository
www.ssoar.info

Rezension: Ageing Populations in Post-industrial Democracies: Comparative studies of policies and politics / Pieter Vanhuysse; Achim Goerres (Hrsg.)

Kingman, David

Veröffentlichungsversion / Published Version
Rezension / review

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:
Kingman, D. (2012). Rezension: Ageing Populations in Post-industrial Democracies: Comparative studies of policies and politics / Pieter Vanhuysse; Achim Goerres (Hrsg.). [Rezension des Buches *Ageing Populations in Post-industrial Democracies: Comparative studies of policies and politics*, hrsg. von P. Vanhuysse, & A. Goerres]. *Journal für Generationengerechtigkeit*, *12*(1), 41-42. https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-317874

Nutzungsbedingungen:
Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:
https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de

Terms of use:
This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Comercial-NoDerivatives). For more Information see:
https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0

gesis Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

Altersstruktur der Bundestagsfraktionen

(Stand Juni 2011, nach Kürschners Volkshandbuch Deutscher Bundestag)
(Angaben in Prozent)

	26 Jahre	27-31 Jahre	32-36 Jahre	37-41 Jahre	42-46 Jahre	47-51 Jahre	52-56 Jahre	57-61 Jahre	62-66 Jahre	67-71 Jahre	72-76 Jahre	77-80 Jahre	Durchschnitt
CDU/CSU	0,0	0,4	4,2	9,7	10,1	19,1	16,5	17,7	15,6	5,9	0,4	0,4	52,0
SPD	0,0	0,0	2,1	6,2	13,0	15,7	13,7	21,2	23,3	2,7	2,1	0,0	54,2
FDP	1,1	2,1	8,6	17,2	7,5	15,1	11,8	13,0	14,0	7,5	2,1	0,0	50,1
Grüne	0,0	8,8	8,8	7,3	16,2	11,8	13,2	25,0	5,9	1,5	1,5	0,0	49,2
Linke	0,0	2,6	5,3	13,2	6,6	19,7	23,7	15,8	9,2	2,6	1,3	0,0	51,1

Quelle: Kürschners Volkshandbuch Deutscher Bundestag. 17. Wahlperiode (2009-2013). 123. Aufl. S. 300. (Stand: Juni 2012).

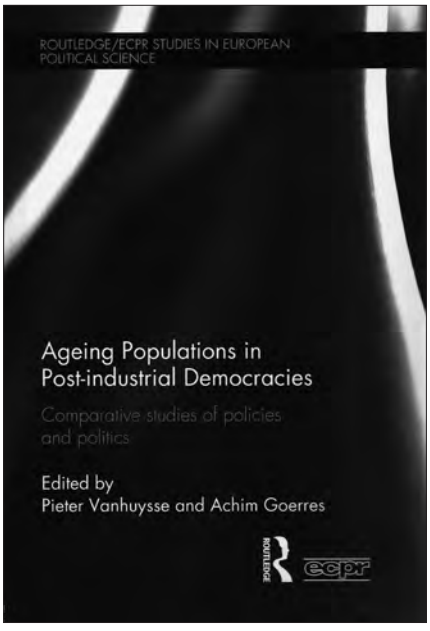
Pieter Vanhuysse/Achim Goerres (Hg.): Ageing Populations in Post-industrial Democracies: Comparative studies of policies and politics

Rezensiert von David Kingman

In den letzten Jahren wurde der Alterspolitik von Seiten der Politikwissenschaft immer mehr Beachtung geschenkt. Ursache dafür ist die noch relativ neue Besorgnis über die Auswirkungen, die das zunehmende Durchschnittsalter der Bevölkerung auf die Machtverhältnisse zwischen den Generationen in demokratischen Industrieländern hat. Diese Auswirkungen wurden bereits bei Wahlen in europäischen Ländern beobachtet; bei den Parlamentswahlen 2001 im Vereinigten Königreich zum Beispiel stellten pensionierte Menschen ein Fünftel der Wahlberechtigten, wobei die Wahlbeteiligung in dieser Altersgruppe bei 70 Prozent lag, verglichen mit 39 Prozent bei den 18- bis 24-Jährigen.[1]

Dieses Buch, herausgegeben von Pieter Vanhuysse und Achim Goerres, ist eine Sammlung von Artikeln, die verschiedene Aspekte der Beziehung zwischen Alter und politischer Macht in Industriestaaten untersuchen. Insbesondere stellen einige der Papers in Frage, ob ältere Leute eine Neigung dazu zeigen, ihrem logischem Eigeninteresse folgend zu wählen, also Parteien zu unterstützen, die ihnen mehr altersbedingte Vorteile versprechen, oder ob ihre Wahlentscheidungen auf komplexeren Faktoren beruhen.

Der Artikel von Seán Hanley spricht eine der offensichtlichsten Bekundungen des politischen Eigeninteresses der Rentner an: den Anstieg der Seniorenparteien in sowohl West- als auch Osteuropa. Er benutzt eine qualitativ vergleichende Analyse-Methode, um die Wahrscheinlichkeit des Auftretens



einer Seniorenpartei in einem bestimmten politischen System und die Breite ihrer Unterstützung einzuschätzen. Die Ergebnisse zeigen, dass für die Etablierung einer Seniorenpartei drei Faktoren besonders wichtig sind: erstens ein hohes Maß an Selbstorganisation in der Altersgruppe der bereits Pensionierten (durch Freiwilligen-Organisationen, Wohltätigkeitsorganisationen und Interessenverbände); zweitens ein hohes Maß an Staatsausgaben zu Gunsten der älteren Generation; und drittens der Wunsch nach mehr Repräsentierung, hervorgerufen durch das weitverbreitete Gefühl, dass bereits existierende politische Parteien die Interessen der Senioren nicht stark genug vertreten. Die erfolgreicheren Seniorenparteien sind in politischen Systemen aufgetreten, in denen all diese Faktoren zusammenkamen. Die politische Bedeutung dieser Seniorenparteien in Systemen wie dem des Vereinigten Königreiches, in denen eine geringe Anzahl großer, monolithischer Parteien die Interessen einer möglichst breiten Wählerbasis vertreten möchte, wird aber wahrscheinlich eher unbedeutend bleiben. Dennoch, selbst wenn Pensionäre nicht beginnen, zu ihrer Interessensvertretung ihre eigenen politischen Parteien zu formieren, so besteht dennoch die Möglichkeit, dass das rein zahlenmäßige Gewicht der Rentner an den Wahlurnen Wirkung zeigt. Etablierte Parteien der politischen Mitte könnten sich gezwungen sehen, unverhältnismäßig die Interessen der Älteren zu begünstigen, und zwar auf Kosten von Maßnahmen zu Gunsten der jüngeren Generation. Allerdings legt das interessante Kapitel von Jennifer Dabbs Sciubba dar, dass dies nicht immer der Fall ist. Sie vergleicht die neusten Arbeitsmarktreformen der drei Industriestaaten mit der am schnellsten alternden Bevölkerung – Deutschland, Italien und Japan –, und legt dar, dass ihre Staatsoberhäupter alle einen Kurs eingeschlagen haben, der den Jungen allgemein zugute kam, und sogar den Interessen der älteren Erwerbstätigen zuwiderlief. Sie weist jedoch darauf hin, dass die jeweiligen Regierungen lediglich die durch die demografische Entwicklung hervorgerufenen, düsteren finanziellen Aussichten erkannt haben. Diese Regierungen haben realisiert, dass die effi-

zientere Schaffung von Arbeitsplätzen für Jüngere für die Stützung des restlichen Sozialstaates überlebenswichtig ist. Somit ist es möglich, dass diese Reformen die Interessen der älteren Arbeitnehmer lediglich ignorierten, um die der Rentner zu erfüllen, einer wiederum noch älteren Gesellschaftsschicht. Wie zu erwarten, waren die Einzelheiten dieser Reformen in jedem Land auch ein Produkt der jeweiligen innerstaatlichen, politischen Systeme, die sich stark unterschieden – vom stark zerrütteten Zustand Italiens mit einer große Anzahl an Parteien und unstabilen Verhältnisse bis zum praktischen Ein-Parteien-Monopol der Liberaldemokratischen Partei Japans zwischen 1955 und 2009.

Auf der anderen Seite suggerieren zwei weitere Artikel, dass die Macht des älteren Wahlsektors doch einen signifikanten Einfluss auf Regierungsmaßnahmen ausübt. Das Paper von Markus Tepe und Pieter Vanhuysse betrachtet die Zeitspanne von Rentenkürzungen in 18 OECD-Staaten von 1981 bis 1999 und kommt zu dem Ergebnis, dass je älter die Wählerschaft ist, es umso wahrscheinlicher ist, dass Regierungen nur milde Reformen des Rentensystems durchführen. Gleichzeitig betrachtet Juan F. Fernandez in seinem Paper die Großzügigkeit der bereitstehenden Rentenleistungen in einigen Industriestaaten zwischen 1980 und 1991 sowie zwischen 1992 und 2002, und argumentiert, dass die wichtigste Variable bei der Festlegung der Großzügigkeit von Rentenleistungen die Größe des älteren Anteiles der Bevölkerung sei.

Alles in allem liefern diese Kapitel keine definitiven Antworten auf die Fragen rund um die Machtbalance zwischen den Generationen in älter werdenden Gesellschaften. Nichtsdestotrotz, es gibt überwältigende Beweise, dass einige Regierungsmaßnahmen (vor allem Rentenreformen und -großzügigkeit) von dem Alter der Wählerschaft beeinflusst werden. Gleichzeitig sieht es so aus, als ob die Interessen der Älteren nicht notwendigerweise bei Arbeitsmarktreformen bevorzugt werden (obwohl dies eventuell darauf zurückzuführen ist, dass die Regierungen den Bedarf nach jüngeren Arbeitnehmern erkannt haben, um für den Sozialstaat zu zahlen).

Zwei andere Papers in diesem Buch deuten auf weitere Mechanismen hin, die möglicherweise die Machtverteilung zwischen den Generationen beeinflussen. Goerres und Tepe bewerten die Einstellungen gegenüber staatlich geförderter Bereitstellung von Kinderbetreuung in 21 post-industriellen Demokratien, und stellten fest, dass ältere Wähler nicht notwendigerweise ihr logisches Eigeninteresse verfolgten. Sie lehnten die staatlichen Ausgaben für Kinderbetreuung nicht ab, obwohl diese Ausgaben voll und ganz den jüngeren Schichten der Gesellschaft (sowohl Kindern als auch ihren Eltern) zu Gute kommen. Stattdessen deutet die Recherche der Autoren darauf hin, dass in Ländern mit hoher Familiensolidarität die Bedürfnisse ihrer Kinder und Enkel den Mitgliedern der älteren Generation wichtiger waren, als ihre eigenen Interessen zu verfolgen.

Interessanterweise war einer der anderen Schlüsselfaktoren, dass die Befragten in diesem Bereich mehr vom Staat erwarteten, wenn sie unter einer Regierung lebten, die bereits tatsächlich eine große Bandbreite an Dienstleistungen bereitgestellt hatte. Ältere Menschen hatten außerdem Erwartungen an den Staat, die auf ihren Erfahrungen während ihres Heranwachsens beruhten. Dies liefert einen möglichen Grund, warum Reformen in Senioren-Bereichen des Sozialstaats so schwierig durchzubringen sind, da Wähler ihre Erwartungen an das, was sie vom Staat erhalten sollten, während ihres Heranwachsens bilden, und dann negativ auf Veränderungen ihrer Besitzstände reagieren.

Das letzte Paper im Buch, von Robert Hudson, betrachtet die Machtposition, die ältere Bürger im amerikanischen Sozialstaat genießen, und kommt zu dem Schluss, dass sie diese innehaben, weil sie als eine eindeutig verdienstvolle und bedürftige Gruppe angesehen werden. Das bedeutet, dass Hilfen an sie abgeben im Einklang mit der protestantischen Arbeitsethik steht, die laut dem Autor immer noch große Teile der amerikanischen Sozialpolitik beeinflusst. Zudem erklärt der Autor, warum wichtige Sozialhilfeprogramme, die den Älteren helfen, ohne großen Widerstand ausgebaut werden konnten, im Gegensatz zu anderen Programme, die auf ethnische Minderheiten, Immigranten und andere Gruppen, die als weniger verdienstvoll angesehen werden, abzielen. Obwohl die Argumente des Autors überzeugend sind, wäre eine alternative Hypothese möglich gewesen. Nämlich die, dass es nicht nur einfacher ist, die Wählerschaft zur Unterstützung von Sozialhilfeprogrammen für Ältere zu überzeugen, weil sie als eine moralisch verdienstvolle Gruppe angesehen werden, sondern auch, weil die meisten jüngeren Leute damit rechnen, eines Tages selbst Mitglieder der älteren Altersgruppe zu sein. Somit sind sie bereit, in ein Sozialsystem einzuzahlen, das sie unterstützt und eine Möglichkeit bietet, dass sie selbst in der Zukunft die gleiche Unterstützung bekommen. Ein Generationenvertrag gibt ihnen die berechtigte Erwartung, dass das System, in das sie einzahlten, in der Zukunft noch vorhanden sein wird, um sie selber einmal zu unterstützen. In seinem Fazit argumentiert Robert Hudson, dass das wachsende soziokulturelle Bewusstsein ihrer starken Position die ältere Generation in den USA dazu ermutigt hat, ihre politische Macht stärker zu gebrauchen. Ob ein ähnliches Bewusstsein auch in der älteren Generation in Europa existiert, ist eine Frage, zu der dieses Buch, trotz seines beachtlichen Beitrages zur Debatte, keine überzeugende Antwort liefert.

Pieter Vanhuysse und Achim Goerres (Hg.) (2012): Ageing Populations in Post-industrial Democracies: Comparative studies of policies and politics. Routledge/ECPR Studies in European Political Science. Bd. 76. Abingdon: Routledge. 272 Seiten. ISBN: 978-0-415-60382-9. Preis: £75.00

Anmerkungen:

1) Davidson, S. (2005): Grey Power, School Gate Mums and the Youth Vote: Age as a Key Factor in Voter Segmentation and Engagement in the 2005 UK General Election. In: Journal of Marketing Management. Jg. 21 (9-10/2007), 1179-1192.